

Kommunale Haushaltslöcher und die Chancen für einen Neuanfang

Die Kommunen stehen finanziell unter Druck: Ausgaben steigen, Einnahmen schwächeln, Investitionen bleiben liegen. Zugleich wächst der Druck, Aufgaben, Zuständigkeiten und Förderstrukturen zu ordnen. Ein Neuanfang ist nötig – nicht mit mehr Geld allein.

„Stell dir vor, die Finanzlage der Kommunen ist dramatisch und eine Lösung politisch nicht konsensfähig“. Diese Aussage mag eine stark vereinfachte Zuspitzung sein, beschreibt aber die gegenwärtige Situation einigermaßen zutreffend. Die Gründe für den desolaten Zustand der Kommunalhaushalte sind schnell erzählt: Das niedrige Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Steuereinnahmen empfindlich gedämpft. Gleichzeitig sind die Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich und für das kommunale Personal, stark gestiegen. Ursachen dafür sind Aufgabenübertragungen und -ausweitungen sowie Tarif- und Preissteigerungen. Hinzu kommen neue Anforderungen, etwa mit Blick auf die Wärmewende, die Digitalisierung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Konsequenz: Im Jahr 2025 klafften Einnahmen und Ausgaben das dritte Jahr in Folge massiv auseinander. Das Defizit in Höhe von 29,4 Mrd. Euro war so hoch wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dieser Zustand ist besonders problematisch, weil sich daran in den kommenden Jahren wenig ändern dürfte. Einschlägige Prognosen etwa vom Bundesministerium der Finanzen gehen von einer Verfestigung der aktuellen Defizite aus.

Die unmittelbaren Folgewirkungen liegen auf der Hand: Die Kommunen müssen sparen. Dafür bleibt ihnen oft nichts anderes übrig als eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen oder der Investitionen in den Unterhalt und die Erneuerung ihrer Infrastruktur. Letzteres ist vor allem problematisch, weil die kommunalen Investitionsrückstände laut Difu-Analysen bereits heute enorm hoch sind, wie im aktuellen KfW-Kommunalpanel 2026 zu sehen ist (siehe S. 8 f. in diesem Heft).

Etwas schwieriger verhält es sich mit der Beschreibung möglicher indirekter Folgewirkungen: Forschungsteams beschäftigen sich zunehmend unter dem Begriff „Geography of Discontent“ mit den Folgen einer anhaltend schwachen ökonomischen Entwicklung in einzelnen Regionen. Diese machen sich mittel- bis langfristig in einem sinkenden öffentlichen Dienstleistungsniveau sowie einem sich verschlechternden Zustand der Infrastrukturen vor Ort bemerkbar (siehe dazu auch die unter „Tipps zum Weiterlesen“ angegebene Literatur).

Mehrere Studien zeigen, dass Infrastrukturleistungen einen erheblichen Einfluss auf die Zufriedenheit der Wohnbevölkerung und damit auch auf deren Wahlverhalten haben. Ergebnisse jüngerer Studien deuten darauf hin, dass regionale Fördermaßnahmen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene für Infrastrukturprojekte den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien reduzieren könnten. Als möglicher Wirkungskanal werden dabei die direkten positiven Effekte öffentlicher Infrastrukturdienstleistungen – etwa in der Versorgung mit Mobilitäts- und Gesundheitsdienstleistungen oder in der Kinderbetreuung – auf Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwachen Regionen genannt. Hervorgehoben wird zudem, dass der Wegfall gut bezahlter Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor sowie ein in manchen Kommunen wahrgenommener Rückzug staatlicher Präsenz das Vertrauen der lokalen Bevölkerung in staatliche Institutionen schwächen können.

Die Situation gewinnt dadurch an Schärfe, dass der gewaltige Handlungsdruck auf eine aktuell eingeschränkte fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates trifft. Keine der föderalen Ebenen verfügt de facto mehr über substanzielle Verteilungsspielräume. Auch der Weg in eine stärkere Verschuldung ist bedingt gangbar, da er nur tragfähig beschritten werden kann, wenn er mittel- und langfristig auf hinreichender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und investiver Mittelverwendung zum Aufbau des öffentlichen Kapitalstocks fußt. Zudem wurde diese Option im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität bereits angestrebt, und für eine weitere Neuverschuldung gelten regulatorische Grenzen. Zusammengenommen erschwert das die Wiederholung eines in den vergangenen Jahrzehnten hinreichend eingeübten Reaktionsmusters: Die Lösung neuer Probleme mit immer mehr Geld.

Der Polykrise der Kommunen kann nur mit Reformen begegnet werden, die den Blick auf Strukturen richten und auf die sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam verständigen müssen, da sie in dieser wirtschaftlichen Stagnationsphase im selben Boot sitzen. Die akute Haushaltssituation macht es zwar erforderlich, die Kommunen kurzfristig auch finanziell zu entlasten. Diese können beispielsweise in Gestalt einer zeitlich befristeten



Foto: ARL



Foto: Difu



Foto: Difu



Prof. Dr. Jochen Monstadt
+49 30 39001-214
monstadt@difu.de

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Niklas Schmelmer
+49 30 39001-171
schmelmer@difu.de



Foto: A. Savin, Wikipedia

zum Weiterlesen

Bertelsmann Stiftung:
Kommunaler Finanzreport
2025 – Knappe Kassen,
große Aufgaben.
➔ www.t1p.de/peebl

Kiel Institut für Weltwirt-
schaft: Paying off populism:
EU-Regionalpolitik verrin-
gert Unterstützung populis-
tischer Parteien (No. 172).
Kiel Policy Brief. (2024)
➔ www.t1p.de/vlb9

Bertelsmann Stiftung:
Regionalpolitik als Stabi-
litätsanker im Struktur-
wandel? Evidenz zu den
politischen Effekten der Re-
gionalförderung in Deutsch-
land. (2026)
➔ www.t1p.de/irp0j

KfW Bankengruppe:
KfW-Kommunalpanel 2026.
Befragung des Deutschen
Instituts für Urbanistik im
Auftrag der Kreditanstalt für
Wiederaufbau (KfW).
➔ www.difu.de/19701

Difu:
OB-Barometer 2026
➔ www.difu.de/19697

Publikationen zu Kommu-
nalfinanzien
➔ www.t1p.de/pu72g

Anhebung des kommunalen Anteils an der Um-
satzsteuer oder einer Entlastung bei einzelnen
sozialen Regelleistungen bestehen. Langfristig
ist aber vor allem eine Strukturreform notwendig,
bei der sowohl das Portfolio der kommunalen
Aufgaben einer kritischen Prüfung unterzogen
wird als auch die institutionellen Zuständigkeiten
und Finanzierungswege der verschiedenen So-
zialleistungssysteme auf den Prüfstand gestellt
werden. Angesichts des zersplitterten Soziallei-
stungssystems – das ifo-Institut nennt über 500 auf
unterschiedliche Träger verteilte Sozialleistungen
– liegen Effizienzsteigerungsmöglichkeiten gerade
in der Administration durch eine Zusammenfüh-
rung, Digitalisierung und Pauschalierung dieser
Leistungen nahe. In der Bündelung von Zustän-
digkeiten und der Vermeidung aufwändiger Mehr-
facherfassungen der Leistungsempfänger in den
Einzelsystemen liegt auch die Chance, dass die
Kommunen knapper werdende Personalressour-
cen mittelfristig für andere, dringendere Aufgaben
einsetzen können.

Es wird auch darum gehen müssen, das inzwi-
schen unüberschaubar gewordene Förderpro-
grammwesen von Bund und Ländern durch Zu-
sammenführung und Bündelung zu vereinfachen.
Denn auch die Mittelvergabe aus dem kommun-
alen Anteil am Sondervermögen der Länder erfolgt
teilweise über bestehende, teilweise über neue
Förderprogramme. Erste positive Beispiele für

eine Vereinfachung des Förderwesens im Sinne
einer effizienten, wirkungsorientierten und büro-
kratiearmen Mittelbereitstellung – insbesondere
auf Landesebene – gibt es bereits. Und auch die
föderale Modernisierungsagenda von Bund und
Ländern sieht mit Blick auf die zukünftige Ausge-
staltung unter anderem eine Vereinfachung des
Zuwendungsrechts, einheitliche Förderrichtlinien
und pauschalierte Zuweisungen an Kommunen
vor.

Darüber hinaus gilt es, Maßnahmen zu entwickeln,
mit denen der Einsatz der begrenzten Investitions-
mittel maximale Wirkung im Sinne einer ökonomi-
schen, ökologisch nachhaltigen sowie sozial-inte-
grativen Stadtentwicklung entfaltet. Durch einen
zielgerichteten und langfristig kontinuierlichen
Einsatz muss es den Kommunen in den kommen-
den Jahren gelingen, ihre Investitionsrückstände
so weit wie möglich abzubauen.

Es sollte zudem die Frage gestellt werden, ob die
Rolle der Kommunen im föderalen System ge-
genwärtig ihrer tatsächlichen Bedeutung gerecht
wird und inwieweit dem Subsidiaritätsprinzip
nicht deutlich mehr Rechnung getragen werden
sollte. Wenn Kommunen die Ebene im Bundes-
staat darstellen, auf der staatliche Leistungen und
Entscheidungen für die Bürger:innen unmittelbar
sichtbar und erfahrbar werden, sollten diese auch
(finanziell) handlungsfähig sein.